

AUSGABE 04 - APRIL 2017

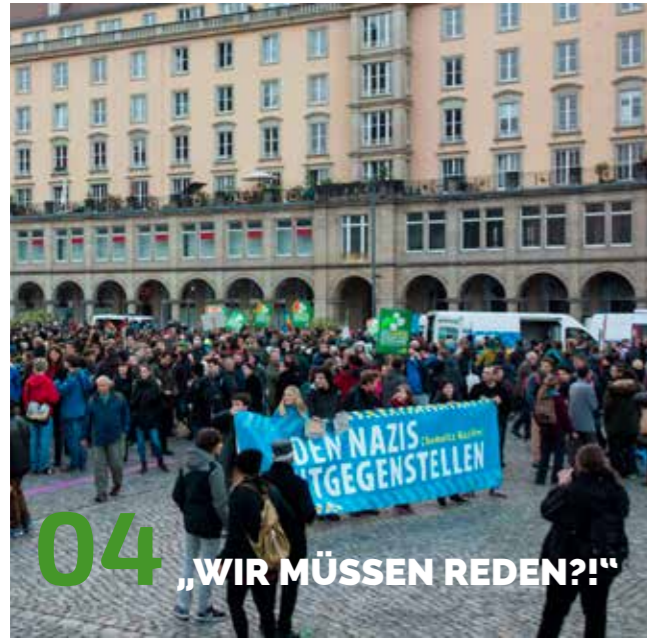
SO ISSES MONATS ECHO

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat

PERIODISCH ERSCHEINENDE MONATSSCHRIFT

Mit Beiträgen von Tina Siebeneicher, Thomas Löser, Michael Schmelich, Torsten Schulze und Jutta Dyrchs-Jansen

INHALT



**LUXUSGUT
SOZIALWOHNUNG?**



**WAS WIRD AUS
DEM HELLER?**

AUSGABE 04 - APRIL 2017

- 03 EDITORIAL**
- 04 „WIR MÜSSEN REDEN?!“ KOMMUNALPOLITIK IN DER GESPALTENEN GESELLSCHAFT**
- 06 GEDENKEN AM 13. FEBRUAR – DRESDEN AUF EINEM GUTEN WEG**
- 07 LUXUSGUT SOZIALWOHNUNG? WEICHENSTELLUNG FÜR EINEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU OHNE SCHEUKLAPPEN**
- 08 EIN SKI-WELTCUP IN DRESDEN – UNFUG ODER CHANCE?**
- 09 MEHR GELD FÜR STADTRÄTINNEN UND STADTRÄTE – HABEN DIE DAS VERDIENT?**
- 10 WAS WIRD AUS DEM HELLER?**
- 11 IMPRESSUM**

UNSERE STADTRÄTE KOMMENTIEREN

→ „Wir müssen reden?!“ Kommunalpolitik in der gespaltenen Gesellschaft



Tina Siebeneicher nahm vom 31. März bis zum 01. April am Kommunalpolitischen Bundeskongress der Heinrich-Böll-Stiftung in Gelsenkirchen teil. Sie war Gast auf dem Podium zum Thema „Wir müssen reden?!“ Kommunalpolitik in der gespaltenen Gesellschaft“
Weiter auf S. 4

→ Gedenken am 13. Februar – Dresden auf einem guten Weg



Der 13. Februar sorgte auch in diesem Jahr für mediale Wellen und erregte politische Debatten in und um Dresden. Aus meiner Sicht gibt es allerdings einige bemerkenswert positive Entwicklungen.
Weiter auf S. 6

→ Ein Ski-Weltcup in Dresden – Unfug oder Chance?



Die Idee ein Ski-Event mitten in der Dresdner Innenstadt zu veranstalten scheint im ersten Moment aus Grüner Sicht nicht besonders naheliegend. Bei näherer Betrachtung entdeckt man aber auch unerwartete Aspekte.
Weiter auf S. 8



EDITORIAL

Bei der Einweihung des Kunstwerks „Monument“, bestehend aus drei hochkant aufgestellten Bussen vor der Frauenkirche Anfang Februar, waren sie wieder – die Bilder aus Dresden von einer pöbelnden Menschenmenge, die keinerlei Debatte zuließ, die nur da war, um alle niederzubrüllen, die sich dazu äußern wollten. Bilder, wie sie am 3. Oktober letzten Jahres schon von Dresden in die Welt gingen.

Und doch entspannen sich in den kommenden Wochen immer wieder Gespräche auf dem Neumarkt, zwischen DresdnerInnen, BesucherInnen, zwischen Menschen, die der Idee des Kunstwerks kritisch oder aufgeschlossen gegenüber standen.

Auch der 13. Februar dieses Jahres zeigt ein differenziertes Bild der Dresdner Stadtgesellschaft: Zum ersten Mal beteiligte sich ein Oberbürgermeister aktiv an einer Demonstration gegen Neonazis.

In zwei Texten dieser Ausgabe geht es um den Zustand der Zivilgesellschaft in Dresden und die Antworten, die Kommunalpolitik darauf finden kann. Tina Siebeneicher schreibt in einem Text, der ursprünglich im Tagungsreader des Kommunalpolitischen Bundeskongresses der Heinrich-Böll-Stiftung erschienen ist, über Kommunalpolitik in der gespaltenen Gesellschaft, und Thomas Löser wirft einen Blick auf die Ereignisse rund um den 13. Februar dieses Jahres.

Weitere Themen in diesem Heft: Am 2. März beschloss der Stadtrat die Gründung einer neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Damit steigt Dresden nach dem Verkauf der Woba vor über 10 Jahren wieder in den kommunalen Wohnungsbau ein. Nun wird in der Öffentlichkeit die Frage diskutiert, welche Ausstattung für eine Sozialwohnung angemessen ist.

Außerdem: Grüne stimmen der Austragung eines Ski-Weltcups am Elbufer zu. Eine Entscheidung, die auf den ersten Blick irritiert. Torsten Schulze hat in seiner Rede im Stadtrat vom 23. März sehr genau begründet, wie die Fraktion zu dieser Entscheidung gelangte, wir haben die Rede hier abgedruckt.

Ebenfalls ein Umweltthema, aber sehr regional: Welche Zukunft hat der Heller im Dresdner Norden? Jutta Dyrchs-Jansen vom Verein Bürgerschaft Hellerau e.V. berichtet von einer Veranstaltung mit der GRÜNEN Umweltbürgermeisterin Eva Jähnigen und Stadträtin Ulrike Caspary.

Viele Freude beim Lesen wünscht
Barbara Schmidt

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM
STADTRAT DRESDEN
DR.-KÜLZ-RING 19
01067 DRESDEN
GRUENE-FRAKTION@DRESDEN.DE

WWW.GRUENE-FRAKTION-DRESDEN.DE

„Wir müssen reden?!“ Kommunalpolitik in der gespaltenen Gesellschaft

von Tina Siebeneicher

Tina Siebeneicher nahm vom 31. März bis zum 01. April am Kommunalpolitischen Bundeskongress der Heinrich-Böll-Stiftung in Gelsenkirchen teil. Sie war Gast auf dem Podium zum Thema „Wir müssen reden?! Kommunalpolitik in der gespaltenen Gesellschaft“ Mit auf dem Podium saßen Mouhanad Khorchide, Professor für islamische Religionspädagogik am Zentrum für Islamische Theologie, Münster, Berivan Aymaz, Grüne Ratsfraktion Köln, und Andreas Zick, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Bielefeld. Der gleichnamige Text erschien zuerst im Internetdossier der Heinrich-Böll-Stiftung zu dem Kongress.

Ist Dresden gleich PEGIDA? Nein, auch wenn die asylfeindliche Bewegung die Stimmung und die politische Debatte im Land verändert und Befremden in ganz Deutschland ausgelöst hat. PEGIDA ist Ausdruck eines sächsischen Problems, zu dem auch gehört, dass die hiesige CDU die Rechten verharmlost. Wir GRÜNEN unterstützen das Engagement für Geflüchtete und werben für ein anderes Politikverständnis.

In keiner anderen Kommune waren die Demonstrationen gegen die Flüchtlingspolitik so laut, die Reden so aggressiv rassistisch und der Gegenprotest so verschwindend gering wie hier. In den letzten Monaten hat die Aufmerksamkeit nachgelassen. Die PEGIDA-Führung hat sich zerstritten, Lutz Bachmann musste in Prozessen Niederlagen einstecken - die Luft scheint raus zu sein. Doch noch immer demonstrieren jeden Montag um die 2.000 PEGIDA-Anhänger*innen. Noch immer höre ich „Merkel-muss-weg!“-Rufe, wenn ich montags das Rathaus verlasse. Wieso hat PEGIDA hier so viel Raum bekommen, wie hat die Bewegung meine Stadt verändert?

Gespaltene Stadt

Dresden ist eine sehr konservativ geprägte Stadt. 25 Jahre lang hat die CDU die Landeshauptstadt dominiert. So wurden aus politischen Kontroversen schnell Grabenkämpfe. Die politische Kultur ist verkümmert. Es ist aus meiner Sicht nicht falsch, Dresden als „gespaltene Stadt“

zu bezeichnen. Das wurde u.a. bei der harten Auseinandersetzung über den Bau der Waldschlößchenbrücke deutlich. Bürgerdialoge oder Beteiligungsverfahren, Kompromisse zu strittigen Fragen von hohem öffentlichen Interesse und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure passten nicht ins Politikverständnis der CDU in Dresden und Sachsen.

Ein sächsisches Problem

PEGIDA ist Ausdruck eines sächsischen Problems, das in Dresden seinen Kristallisationspunkt findet. Das wird deutlich durch die zahlreichen Ortsschilder sächsischer Städte, die durch asylfeindliche Ausschreitungen nun auch deutschlandweit bekannt sind: Bautzen, Freital, Wurzen ... Die Stimmung ist noch immer aufgeheizt. Das zeigen die Ereignisse rings um die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2016: Ein Sprengstoffanschlag auf eine Dresdner Moschee und einen Ausrichtungsort der Feierlichkeiten, Beschimpfungen unseres Oberbürgermeisters, der zum Abschluss der Interkulturellen Tage zum Islamischen Neujahrsfest ins Rathaus eingeladen hatte, lautstarke Anfeindungen gegen die Bundeskanzlerin und Politiker*innen aller Parteien vor der Frauenkirche.

CDU verharmlost die Rechten

Ein Sachsen-Phänomen, das in Dresden seine volle Wirkung entfaltet, ist der verharmlosende Umgang der sächsischen CDU mit Rechts. Die AfD-Fraktion nehme ich als schwach wahr. Sie bringt kaum Stadtratsinitiativen ein, und es gelingt ihr immer seltener, mit rassistischen Parolen die Stimmung im Stadtrat anzuheizen. Das kann nicht beruhigen, denn der rechtspopulistische Wind weht hier aus der liberal-konservativen Ecke. Zum Beispiel macht ein FDP-Stadtrat kein Geheimnis aus seiner Nähe zu PEGIDA. Mehrere CDU-Stadträte waren auch 2016 noch der Meinung, das seien alles zurecht besorgte Bürger*innen, die montags mitlaufen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende bezeichnete letztes Jahr in einem Interview AfD-Stadträte als „ehrenwerte Leute“, bei denen er sich durchaus vorstellen könnte, dass sie der CDU-Fraktion angehören. Auch bei Abstimmungen gibt es keine Berührungängste mehr. Ein AfD-Antrag, durch den Notunterkünfte in Sporthallen verboten werden sollten, wurde durch die CDU-Fraktion geschlossen mitgetragen. Diese Gemengelage führt zu der Frage: Wie können wir GRÜNEN dem wirkungsvoll entgegentreten?

Selbstbewusst für ein anderes Politikverständnis

In Dresden waren leider zu keiner Zeit die Voraussetzungen dafür gegeben, PEGIDA „weg zu demonstrieren“.



Auch wenn wir GRÜNE zahlreiche Willkommensbündnisse unterstützen, immer wieder zu Gegendemos aufrufen - die Wirkung bleibt bis heute begrenzt. Das bringt mich zu der Überzeugung, dass es unsere Aufgabe ist, selbstbewusst und konsequent für ein anderes Politikverständnis einzutreten. Die Voraussetzungen dafür sind in Dresden gegeben. Bei der letzten Kommunalwahl im Mai 2014 reichte das Wahlergebnis erstmals seit der Wende für eine knappe Mehrheit aus LINKEN, GRÜNEN, SPD und Piraten. Wir haben eine Kooperation vereinbart und uns auf ca. 60 kommunalpolitische Projekte bis 2019 verständigt. Durch die Mehrheit haben wir die Möglichkeit, Integration zu gestalten und Bürgerbeteiligung neu zu definieren.

Gegenstrategien stärken

Als PEGIDA auf dem Höhepunkt der Mobilisierung war, haben wir darauf gedrängt, das „Lokale Handlungsprogramm für Demokratie, Toleranz und gegen Extremismus“ weiterzuentwickeln. Das Programm fördert unbürokratische Projekte und Vereine, die sich u. a. in ihrer Arbeit mit Rechtsextremismus auseinandersetzen und Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung bekämpfen. Wie das am besten gelingen kann, wurde u. a. bei einer Stadtkonferenz diskutiert. Für die kommenden zwei Jahre haben wir die städtischen Gelder für das Programm nahezu verdoppelt. Dresden ist auf Initiative der rot-grünen Kooperation der UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten, um von den Erfahrungen anderer Städte zu profitieren. Im Haushalt 2017/18 haben wir Gelder für einen besseren Betreuungsschlüssel in der Flüchtlingssozialarbeit, die Unterstützung Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe und das parteienübergreifende Bündnis „Dresden.Respekt“ bereitgestellt.

Interkulturelles Zentrum

Dresden ist mehr als PEGIDA und hat in den letzten Jahren gezeigt, wie viel Potential da ist. Beispielhaft dafür steht das Projekt Elixir. Engagierte Bürger*innen haben sich 2015 mit dem Ziel, ein Experimentierzentrum für interkulturelles Leben in Dresden aufzubauen, zusam-

mengefunden. Ein Modellprojekt, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft gemeinsam leben und arbeiten können und durch das ein interkulturelles Zentrum für Begegnungen, Kultur und Lernen entstehen soll. Die Resonanz in der Stadt ist groß. Das Projekt wäre einzigartig für Dresden. Von Beginn an haben wir GRÜNEN uns dafür eingesetzt, dass dem Verein dafür ein städtisches Grundstück zur Verfügung gestellt wird, obwohl es von der Verwaltung zum Verkauf vorgesehen war. Nach monatelangen Debatten scheiterte das Vorhaben an einigen Gegenstimmen aus der SPD und der des Oberbürgermeisters. Trotz dieser Niederlage suchen wir gemeinsam mit dem Verein nach räumlichen Alternativen, um dem Projekt noch eine Chance zu geben.

Grünes Engagement zur Integration

Derzeit arbeiten wir an einem GRÜNEN Papier zur Frage, wie Integration in unserer Stadt gelingen kann. Es umfasst die Integration in die Stadtgesellschaft, aber auch die Themenfelder Wohnen, Bildung, Arbeit und Mobilität. Meine Erfahrung zeigt: Wenn wir GRÜNE den Dialog in Dresden fördern wollen, helfen fertige Antworten wenig. Vielmehr geht es darum, GRÜNE Ideen und Ziele mit den verschiedenen Akteur*innen und Engagierten in unserer Stadt zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Das ist wichtig, weil gerade in Ostdeutschland Integration eine neue Aufgabe darstellt. Der Anteil der Migrant*innen in der Stadt lag bis 2013 bei 4,7 Prozent. Bis 2016 ist er zwar auf 6,5 Prozent angestiegen, jedoch im Vergleich zu westdeutschen Kommunen sehr niedrig. Schätzungsweise 10.000 Menschen haben sich zu Spitzenzeiten in der Flüchtlingshilfe engagiert. Über 20 Stadtteilinitiativen haben sich seit 2014 gegründet. Viele davon haben mittlerweile gefestigte Strukturen und vielfältige Angebote zur Unterstützung Geflüchteter. Unsere Aufgabe ist es, die Engagierten zusammenzubringen, ihre Ideen und Projekten kommunalpolitisch zu unterstützen. So kann es gelingen, Integration zu gestalten und Dresden im Interesse aller Bürger*innen voran zu bringen.



Gedenken am 13. Februar – Dresden auf einem guten Weg

von Thomas Löser

Der 13. Februar sorgte auch in diesem Jahr für mediale Wellen und erregte politische Debatten in und um Dresden. Aus meiner Sicht gibt es allerdings einige bemerkenswert positive Entwicklungen. Sowohl der Umstand, dass es in Dresden am 13. Februar wiederholt keine großen Neonazidemonstrationen als auch bei den offiziellen Veranstaltungen der Stadt keine unwürdigen Pöbeleien und Beleidigungen gegeben hat, sind - gemessen an der Stimmungslage in der Stadt - ein Erfolg.

Noch in den Wochen davor hatte es absolut unwürdige Beschimpfungen des Oberbürgermeisters Dirk Hilbert bei der Eröffnung der Kunstinstallation „Monument“ von Manaf Halbouni gegeben, die von Pegida und AfD kräftig angeheizt wurden.

Auch in den überregionalen Medien wurde das Bild eines friedlichen und durch die Stadt und Stadtgesellschaft angemessen gestalteten Gedenkens widerspiegelt. Durch die beiden Kunstinstallationen „Monument“ und „Lampedusa 361“ auf dem Neumarkt und dem Theaterplatz ist es der Stadt und den Künstlern gelungen, die Diskussion über die Dimension von Gewalt, Leiden in unserer heutigen Zeit mit dem Gedenken an das Leid der Menschen in Dresden vor 72 Jahren zu verknüpfen. Ich persönlich habe rund um die Kunstwerke viele anregende und berührende Gespräche zwischen DresdnerInnen und Gästen unsere Stadt erlebt.

Die Menschenkette ist mit ihrer inhaltlichen Weiterentwicklung zu einem Symbol für Demokratie und Menschlichkeit geworden und hat einen gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt geschaffen.

Hervorzuheben ist besonders, dass sich Oberbürgermeister Dirk Hilbert zum ersten Mal aktiv an einer Demonstration gegen Neonazis beteiligte. Damit würdigt er aus meiner Sicht die langjährigen Bemühungen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“, das es in den vergangenen Jahren mit rein zivilgesellschaftlichem Engagement geschafft hat, Neonaziaufmärsche in Dresden am 13. Februar wirkungsvoll zu blockieren und damit den braunen Marschierern den Boden in Dresden unter den Füßen wegzuziehen.

Dies ist ein ermutigendes Zeichen, dass es nun ein wirklich breites Bündnis der Stadtgesellschaft in Dresden geben kann, welches über den 13. Februar in unsere Stadt hineinstrahlt. Ich danke den unzähligen Beteiligten in Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft in Dresden, die das Gedenken zum 13. Februar mit ihrem Engagement ermöglichten.

Die AfD hat sich mit ihrer separaten Kundgebung auf dem Altmarkt ein weiteres Mal selbst ausgeschlossen. Worte wie „sogenannte Kunst“ und „Schande“ im Zusammenhang mit den Kunstaktionen in Dresden sind unangemessen und verdienen es ein weiteres Mal zurückgewiesen zu werden.



Luxusgut Sozialwohnung? Weichenstellung für einen Sozialen Wohnungsbau ohne Scheuklappen

von Michael Schmelich

Wie angespannt ist der Dresdner Wohnungsmarkt? Ist die Schwelle zur Wohnungsnot bereits überschritten oder ist das Angebot an bezahlbarem Wohnraum immer noch vergleichsweise komfortabel? Das sind Fragen, die nach wie vor aus den unterschiedlichen Perspektiven mit großer Unversöhnlichkeit diskutiert werden. Daneben rückt die Herausforderung, welche Mindestausstattungen für sozialen Wohnraum erforderlich sind, in den Fokus der Debatte.

In der Wohnungspolitik gibt es kein „entweder oder“, sondern nur ein „sowohl als auch“. Der Streit, ob in Dresden immer noch genug preiswerte Wohnungen (die Wohnungsgenossenschaften sprechen von Durchschnittsmieten von 6,50€) angeboten werden, ist typisch für die Dresdner Streitkultur. Denn ganz gleich, wie die Momentaufnahme am Wohnungsmarkt zu bewerten ist, Politik hat die Pflicht, nicht nur auf aktuelle Situationen zu reagieren, sondern muss die Zukunft ins Visier nehmen. Und aus dieser Perspektive sollte Einigkeit darüber bestehen, dass für 25.000 Einwohner, um die Dresden in den nächsten 20 Jahren mindestens wachsen wird, große Anstrengungen zur Schaffung neuen Wohnraums erforderlich sind. Ohne öffentliche Förderung werden private Bauherren - aber auch Genossenschaften - keine Neubauwohnungen unter 9€ pro Quadratmeter anbieten können. In so genannten besseren Lagen (z.B. der Innenstadt) sind Kostenmieten von über 13€ heute schon an der Tagesordnung. Es liegt auf der Hand, dass solche Mieten nicht von allen Wohnungssuchenden bezahlt werden können. Daraus folgert: Ohne öffentlich geför-

derter Wohnungsbau werden Menschen mit geringem Einkommen, vor allem aber besondere Bedarfsgruppen, z.B. Menschen mit Behinderung, aber auch Familien und Alleinerziehende künftig Probleme haben, bezahlbare Wohnungen zu finden.

Das hat auch endlich der Freistaat Sachsen erkannt und sein jahrelange Abstinenz im Sozialen Wohnungsbau aufgegeben. Vorrangig für die beiden sächsischen Großstädte Dresden und Leipzig werden Neubauten und die Sanierung von Altbauten mit insgesamt 140 Millionen € bis 2019 gefördert. Das eröffnet der von der Stadtratsmehrheit am 2. März 2017 beschlossenen Gründung einer neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft die Chance, solide finanziert Wohnungen zu bauen, die unter den zur Zeit gültigen anerkannten Kosten der Unterkunft an Empfänger von sozialen Transferleistungen vermietet werden können, abgesehen von dem Nebeneffekt, dass auf diesem Weg Vermögenswerte in öffentlichem Eigentum geschaffen werden. Auch private Bauherren hätten die Chance, mittels dieses Programms Sozialwohnungen zu errichten oder Altbestände so zu sanieren, dass sie sozialverträglich vermietet werden können. Leider hält sich das Interesse von Genossenschaften und Privaten auf diesem Gebiet noch sehr in Grenzen.

Jetzt kommt es darauf an, die Dresdner Förderrichtlinie so zu gestalten, dass für alle Akteure am Wohnungsmarkt die öffentlichen Zuschüsse Anreize bieten, preiswerten Wohnraum zu schaffen. Dabei sollten wir uns davor hüten, die Anforderungen an die Ausstattungsstandards zu hoch zu schrauben. Keinesfalls sollten, wie es der Entwurf der Verwaltung vorsieht, Mindestgrößen für Räume, das Anbringen von Balkonen oder die Verpflichtung zur Schaffung eines 2. Bades bei größeren Wohnungen eine Grundvoraussetzung sein, um sich an dem Förderprogramm zu beteiligen. Nur dann bietet das vom Bund finanzierte Wohnungsbauprogramm die Chance, dass alle Akteure am Dresdner Wohnungsmarkt, einschließlich der neuen eigenen Wohnungsbaugesellschaft, endlich an einem Strang ziehen. Es wäre zu wünschen.



Ein Ski-Weltcup in Dresden – Unfug oder Chance?

von Torsten Schulze

Die Idee, ein Ski-Event mitten in der Dresdner Innenstadt zu veranstalten, scheint im ersten Moment aus Grüner Sicht nicht besonders naheliegend. Bei näherer Betrachtung entdeckt man aber auch unerwartete Aspekte.

Die Grüne Fraktion hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, sondern jeden Punkt einzeln abgewogen. Am Ende hat sie sich für eine Zustimmung zur finanziellen Unterstützung des Sportereignisses nächsten Januar entschieden.

Torsten Schulze erklärt in seiner Rede, warum die Fraktion zu dieser Entscheidung gekommen ist.

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte, als die Frage nach der Austragung eines Ski-Weltcups im Sommer letzten Jahres aufkam, sahen wir als GRÜNE in erster Linie die Fragen nach den Auswirkungen auf Umwelt- und Landschaftsschutz.

Sportgroßveranstaltungen ziehen jedes Jahr Millionen von Menschen in ihren Bann, erzeugen einen hohen emotionalen Erlebniswert, verbinden Menschen aus der ganzen Welt, motivieren insbesondere junge Menschen zum Sporttreiben, stehen aber auch entsprechend unter kritischer Beobachtung, was die damit verbundenen Umweltbelastungen betrifft.

In den vergangenen Jahren ist die Nachhaltigkeit von Sportgroßveranstaltungen auf nationaler und internationaler Ebene zu einem wichtigen Thema geworden. Der IOC, internationale und nationale Fachverbände haben Nachhaltigkeits- und insbesondere Umweltauflagen sukzessiv in ihren Grundsätzen und den Vergabekriterien für Großveranstaltungen verankert. Bei der Beurteilung der Nachhaltigkeit von Sportgroßveranstaltungen sind ökonomische, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen von Bedeutung:

Ökonomisch: (Nach)Nutzung, Folgekosten, Wertschöpfung, Beschäftigungseffekte

Sozial: Verbesserung der (Sport-)Infrastruktur, Impulse für Stadt- und Regionalentwicklung, Identität und Beteiligung

Ökologisch: Ressourceneffizienz vor allem im Bezug auf Energie und Trinkwasser, Mobilität, Abfall. In Gesprächen mit den Organisatoren des Ski-Weltcup wiesen wir auf diese für uns wichtigen Kriterien hin und erlebten eine hohe Bereitschaft, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen und entsprechend in die Konzeptionierung einfließen zu lassen.

Unter anderem wurde die ursprüngliche Länge der Wettkampfstrecke reduziert. Das bedeutet weniger Schneeproduktion, weniger Flächeninanspruchnahme. Die ursprünglich geplante Nutzung der Elbwiesen, die Teil des FFH-Gebietes zwischen Schmilka und Mühlberg sind, ist mittlerweile ausgeschlossen. Für die Einrichtung der Wettkampfstrecke werden bereits versiegelte Flächen genutzt und der Aufbau des Besucherareals erfolgt zwischen Elberadweg und Bebauung am Neustädter Ufer. Das große Streitthema Herstellung und Einsatz von Kunstschnee ist ein weiteres wichtiges Thema in den Gesprächen gewesen. Vorangestellt werden muss, dass mittlerweile bei jeder Wintersportveranstaltung, egal in welcher Region, Kunstschnee bei der Präparierung der Wettkampfstrecken eingesetzt wird. Das hat vor allem mit der Gleichwertigkeit der verschiedenen Streckenabschnitte zu tun. Für die Wettkampfstrecke in Dresden wird mittlerweile auf den Einsatz von Schneekanonen komplett verzichtet. Damit verbunden ist der Wegfall von Salzeinsatz. Die in Südtirol entwickelte Snow-Factory-Technologie kommt komplett ohne den Einsatz von chemischen Zusätzen aus und erzeugt Schnee, welcher bis zu +15°C stabil bleibt. Nach Wettkampfe entstehen keine Folgekosten für Erhalt oder Pflege der Strecke, da diese nach dem Schmelzen weg ist.

Eines der größten Probleme bei Großveranstaltungen, vor allem im Hinblick auf den Klimaschutz, stellt die An- und Abreise der Zuschauer dar, sowie die Fahrten zum Wettkampfort. Laut Konzept erfolgt die Unterbringung der Athletinnen und Athleten, des Wettkampf- und Schiedsrichterteams sowie der Medienvertreter direkt an



der Wettkampfstrecke im Westin Bellevue Hotel. Besucherinnen und Besucher haben die Möglichkeit, mit der Bahn anzureisen und das Angebot der DVB innerhalb der Stadt mit einem Kombi-Ticket zu nutzen.

Gehören Wintersportwettkämpfe nicht eigentlich ins Gebirge?

In Anbetracht der fortschreitenden Klimaveränderung werden die damit verbundenen Folgen gerade in den Bergregionen immer sichtbarer. Der Anstieg der Temperaturen in den Hochgebirgsregionen ist doppelt so hoch im Vergleich zum globalen Durchschnitt. Das rasante Abschmelzen der Gletscher ist dabei zum Sinnbild dieses Wandels geworden. Der Klimawandel verändert aber nicht nur das Landschaftsbild in den Bergen, sondern auch dessen Wasserhaushalt und Ökologie. Dabei geraten insbesondere Pflanzen und Tiere unter Druck und die Wintersaison verschiebt sich oder entfällt im wesentlichen. Der Berg- und Wintersport steht in einer ganz speziellen Beziehung zum Klimawandel: Einerseits wirken sich die Veränderungen massiv auf die verschiedenen Disziplinen aus, andererseits treiben die meisten Bergsportlerinnen und Bergsportler mit ihrem Mobilitätsverhalten den Klimawandel voran. Leider fahren immer noch über 70 Prozent der Bergsportlerinnen und Bergsportler bevorzugt mit dem eigenen Auto in die Berge.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob verschiedene Nutzungen in den Bergregionen reduziert oder an andere Orte verschoben werden können bei deutlich besserer CO₂-Bilanz? Hinzu kommt, dass Regionen, welche in der Vergangenheit als schneesicher galten, bereits heute mit Kunstschnee Wintersportnutzungen absichern. Sportgroßveranstaltungen zu verlagern, die mit hohem Aufwand organisiert und durchgeführt werden und deren Besucherinnen und Besucher sowie das gesamte Wettkampfteam einschließlich Schiedsrichtern und Medienvertreter_innen mit dem Auto anreisen, ist eine Möglichkeit der Entlastung in den Bergen. Zwischen Umweltamt der Stadt und den Organisatoren laufen regelmäßig Gespräche. Laut Vorlage der Stadt arbeitet ein Umweltreferent aus dem Beirat Umwelt und Skisportentwicklung des DSV am Veranstaltungskonzept mit. Mit dem als Punkt 4 ergänzten Monitoring von Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien wollen wir die Einhaltung und Weiterentwicklung der genannten Punkte sicherstellen.

Uns ist als Fraktion bewusst, dass nicht alle Auswirkungen von solchen Veranstaltungen komplett ausgeglichen werden können. Aber wir haben die Chance, den Ski-Weltcup, zusammen mit unserer Umweltbürgermeisterin, unter Berücksichtigung von Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien durchführen zu können und damit Maßstäbe setzen zu können. Neben der Möglichkeit, eine Sportgroßveranstaltung unter einem "Green Label" in einer Großstadt zu organisieren, kommt die Außenwirkung für die Stadt, die für ein paar Tage Gäste aus aller Welt beherbergt und mit der Berichterstattung ein positives Bild in die Welt sendet. Für die einheimischen Skisportvereine ist die Durchführung der Landesmeisterschaften des Nachwuchs geplant, und auch für die Dresdnerinnen und Dresdner soll das Skifahren auf der Strecke möglich sein."

Mehr Geld für Stadträtinnen und Stadträte – haben die das verdient?

von Michael Schmelich

Stadträtinnen und Stadträte sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig, d.h. sie üben diese Tätigkeit neben ihrem Beruf aus und bekommen kein Gehalt für ihre Arbeit im Stadtrat. Sie erhalten aber eine Aufwandsentschädigung.

Nahezu unverändert seit 1992 erhielten bisher Stadträtinnen und Stadträte eine Grundentschädigung in Höhe von 400€ monatlich, zusätzlich für jeden Ausschuss, in dem er/sie festes Mitglied sind 50€. Darüber hinaus wurde ein Sitzungsgeld gewährt, das bei einer Dauer bis zu 4 Stunden 25€ betrug. (Selbstständige erhielten ein erhöhtes Sitzungsgeld als Verdienstausschlag). Demgegenüber stehen schon mal bis zu 20 Stunden zusätzliche Arbeit pro Woche – Vorlagen lesen, Anträge erarbeiten, Gespräche mit BürgerInnen, Veranstaltungen, Ausschusssitzungen, Fraktionssitzungen, Stadtratsitzungen etc.

Der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung vom 26.1.2017 eine Neufassung der Entschädigungssatzung und der Fraktionsrechtsstellungssatzung. Hinter diesen beiden Wortungetümen verbergen sich zum einen die Höhe der Aufwandsentschädigungen für Stadträtinnen und Stadträte und zum anderen die finanzielle Ausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen mit Angestellten und Sachmitteln, die die StadträtInnen in ihrer Arbeit unterstützen. Durch die Neuregelung bekommen StadträtInnen nun eine Pauschale in Höhe von 500€ sowie Sitzungsentuschädigung in Höhe von 60€. Auch die Entschädigungen für Ortsbeiräte und sachkundige Bürgerinnen und Bürger in Ausschüssen und Beiräten wurde entsprechend angehoben.

Faktisch hat sich die monetäre Entschädigung für StadträtInnen in Dresden seit 1992 nicht mehr geändert, nach 25 Jahren war deshalb eine Anpassung überfällig. Der Stadtrat ist das Kontrollgremium der Stadtverwaltung. Als demokratisch gewählte VertreterInnen der Dresdner Bürgerinnen und Bürger stehen ehrenamtliche StadträtInnen einer Verwaltung gegenüber, die aus hauptamtlich angestellten Fachmenschenn besteht. Darüber hinaus haben die Stadträte Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie Vorstellungen aus den Wahlprogrammen ihrer Parteien, deretwegen sie ja schließlich gewählt wurden, durch Anträge in den Stadtrat auf den Weg zu bringen. Um auf Augenhöhe mit der Verwaltung agieren zu können, braucht es zum einen viel Einarbeitungszeit und zum anderen Unterstützung durch gut funktionierende Fraktionsgeschäftsstellen. Neben der Kontrolle der Verwaltungsarbeit müssen StadträtInnen aber auch Zeit haben für die Anliegen von BürgerInnen in ihrem Stadtteil und die Anliegen von gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden. Der Arbeitsaufwand für ein Stadtratsmandat ist inzwischen kaum noch neben einer 40-Stunden-Hauptbeschäftigung zu bewältigen. viele StadträtInnen reduzieren daher ihre hauptberufliche Arbeit und nehmen finanzielle Einbußen in Kauf. Finanzielle Gründe sollten aber in einer Demokratie keine Bürgerin und keinen Bürger davon abhalten sich für ein politisches Mandat zu bewerben.



WAS WIRD AUS DEM HELLER?

von Jutta Dyrchs-Jansen

Die Klotzscher Stadträtin Ulrike Caspary engagiert sich zusammen mit dem Verein Bürgerschaft Hellerau e.V. für einen Erhalt des Heller im Dresdner Norden als Schutzgebiet und innerstädtischem Erholungsort. Am 30.03. fand eine Diskussionsveranstaltung gemeinsam mit der Grünen Umweltbürgermeisterin Eva Jähnigen statt. Darüber berichtet für den Verein Bürgerschaft Hellerau e.V. Jutta Dyrchs-Jansen.

Biotop, Exerzierplatz, Müllkippe, Sandabbaugebiet, Industriestandort - all das ist (oder war zeitweise) der Heller, dies Relikt der letzten Eiszeit: ein mächtiges Sandlager, bewachsen mit Trockenrasen, Ginster und Zwergbäumen - eine Landschaft von ganz eigenartigem Reiz. Für die Hellerauer nicht nur der Abenteuer-Spielplatz ihrer Kindheit, und Namensgeber der Siedlung (die Au am Heller), sondern auch Erholungsort, Naturerlebnis, Pilz-Fundgrube, Skigelände, und ganz allgemein der grüne Gürtel, der die Dresdner Heide mit der Jungen Heide verbindet. Ein kostbares Stück Natur, erst nach der Wende zurück"erobert" nach jahrzehntelanger Okkupation durch die Rote Armee.

Kein Wunder, dass so viele der Einladung des Vereins Bürgerschaft Hellerau e.V. zum Gespräch mit der Umweltbürgermeisterin Eva Jähnigen gefolgt waren, dass es nicht genug Stühle in der Waldschänke gab! Es ging an diesem 30.3. um die Zukunft des Heller, denn die ist bedroht: vom Sandabbau, der unaufhaltsam fortschreitet, und gewerblicher Nutzung am Augustusweg, die zeitlich begrenzt geplant war und nun nach dem Willen der Mehrheit des Stadtrates permanent zu werden droht.

In klaren Worten umriss die Bürgermeisterin die Sachlage. Ziel der Stadt ist es, Naturschutzstatus für den Heller zu erreichen, auch für den großen Teil, der unter Bergrecht steht. Bergrecht geht aber (noch) allem anderen Recht vor, und Sandabbau wird dort auch leider im Falle eines Naturschutzgebietes zukünftig weiter möglich sein. Immerhin wurde in Verhandlungen eine Begrenzung des Abbaubereiches erreicht.

In der Diskussion wurden allerdings Zweifel an der Haltbarkeit solcher Verträge geäußert. Groß ist der Verdacht, dass sich Kapitalinteressen am Ende immer durchsetzen. Wie es das Beispiel der Industrie-Ansiedlung am Augustusweg zeigt, deren Betreibern es gelungen ist, ihre wirtschaftlichen Interessen als wichtiger darzustellen als den Wert eines intakten Naturraums, der für Kaltluft-Entstehung und Belüftung gerade der dicht besiedelten Gebiete von Neustadt und Pieschen so wichtig ist.

Immer wieder wurde im Publikum auf die vielen Gewerbebrachen im Norden verwiesen, auf die diese Betriebe ausweichen könnten. Dann gäbe es auch nicht den Verlust von Arbeitsplätzen, mit dem sich offenbar so wirkungsvoll drohen lässt. Frau Jähnigen konnte hier nur die Schultern zucken: Solange die betroffenen Unternehmer die begründete Hoffnung haben, dass ihr Standort politisch garantiert wird, werden sie sich nicht bewegen, und die Verwaltung kann sie nicht zwingen.

Die Natur hat eben leider keine Lobby, solange kein Umdenken einsetzt und die Prioritäten sich ändern, bevor es zu spät ist. Der Verein Bürgerschaft Hellerau wird jedenfalls nicht aufhören, für die Integrität des Heller zu kämpfen, und er hat dabei, wie dieser Abend gezeigt hat, die Unterstützung der Bevölkerung.



Christiane Filius-Jehne
Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Kultur und Tourismus

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Loschwitz

filius-jehne@gruene-fraktion-dd.de



Thomas Löser
Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Stadtentwicklung und Bau

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Altstadt

loeser@gruene-fraktion-dd.de



Kati Bischoffberger
Sprecherin für Petitionsangelegenheiten

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Pieschen

bischoffberger@gruene-fraktion-dd.de



Ulrike Caspary
Sprecherin für Bildung und Gleichstellung

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Klotzsche

caspary@gruene-fraktion-dd.de



Dr. Wolfgang Deppe
Sprecher für Umwelt und Klima

deppe@gruene-fraktion-dd.de



Kerstin Harzendorf
Sprecherin für Allgemeine Verwaltung, Bürgerbeteiligung und Transparenz

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Leuben und Ortsamt Blasewitz

harzendorf@gruene-fraktion-dd.de



Ulrike Hinz
Sprecherin für Gesundheit und verantwortlich für die Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Bildenden Kunst

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Prohlis

hinz@gruene-fraktion-dd.de



Johannes Lichdi
Sprecher für Verkehr, Energie, Naturschutz

lichdi@gruene-fraktion-dd.de



Michael Schmelich
Sprecher für Finanzen und Soziales

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Plauen

schmelich@gruene-fraktion-dd.de



Torsten Schulze
Sprecher für Wirtschaft und Sport

Ansprechpartner für alle Angelegenheiten im Ortsamt Neustadt

schulze@gruene-fraktion-dd.de



Tina Siebeneicher
Sprecherin für Asyl, Migration und Jugend

Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten im Ortsamt Cotta

siebeneicher@gruene-fraktion-dd.de

Impressum
Herausgeber:
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden
Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden
Telefon: 0351 488 2699 | E-Mail: gruene-fraktion@dresden.de
www.gruene-fraktion-dresden.de
Redaktion: Barbara Schmidt
Fotos: David Brandt, Heinrich Böll Stiftung, Verein Bürgerschaft Hellerau, Barbara Schmidt, Paulae (Wikimedia Commons)
Gestalterische Umsetzung: grafikladen.com

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden | Dr.-Külz-Ring 19 | 01067 Dresden
gruene-fraktion@dresden.de | www.gruene-fraktion-dresden.de
www.facebook.com/Bündnis-90Die-Grünen-Stadtratsfraktion-Dresden-211809578866910
twitter.com/gruene_stadtrat